

Einen guten Nutzen hat Ihre Große Anfrage jedoch: Sie ruft uns allen noch einmal ins Bewusstsein, wie viel die Landesregierung bereits gegen Einsamkeit unternimmt.

Der mangelnde Bezug zur Einsamkeit setzt sich in Ihrem Antrag fort: Über kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen kann man durchaus diskutieren. Allerdings fehlt es an einem konkreten Zusammenhang mit der Einsamkeitsbekämpfung.

(Zuruf von der SPD)

In weiteren Punkten bleibt Ihr Antrag hinter den bereits gefassten Beschlüssen zurück. Der Landtag hat längst festgestellt, dass Einsamkeit ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, das mehr Aufmerksamkeit bedarf und ein Querschnittsthema ist. Dies haben wir schon gemeinsam in der Enquetekommission festgestellt.

Wie bereits erwähnt, wurde die Landesregierung beauftragt, eine Strategie zur Einsamkeitsbekämpfung und Prävention zu erarbeiten und einen Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen zu erstellen. Auch haben wir die Engagementstrategie ganz bewusst als erstes Mittel – hören Sie zu! – gewählt, um viele verschiedene Projekte auf unbürokratische Weise finanziell zu unterstützen.

(Zuruf von Lena Teschlade [SPD])

Gerade niedrigschwellige Angebote können wir damit erreichen. Der Beschluss ist jetzt rund einen Monat her. Für eine vernünftige Umsetzung muss man der Landesregierung auch einen entsprechenden Zeitraum einräumen. Aktionismus hilft uns langfristig nicht weiter.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Kekse auch nicht!)

Denn der Kampf gegen Einsamkeit ist ein Marathon und kein Sprint.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Mir liegt die Einsamkeitsbekämpfung und -prävention sehr am Herzen. Ich freue mich auf weitere Beratungen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Danke, Frau Kollegin. – Für die Grünen spricht Meral Thoms.

Meral Thoms (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einsamkeit ist für jeden Zehnten und jede Zehnte in NRW ein Problem. Ich erlebe Einsamkeit bei mir im ländlichen Raum oft bei älteren Frauen. Es sind allein lebende Frauen, die am Ortsrand leben – häufig in ihren großen Häusern.

Die Infrastruktur bei uns im ländlichen Raum bröckelt. Es gibt immer weniger gemütliche Begegnungsorte

wie Cafés für das beliebte Treffen auf einen Kaffee. So bleibt dafür bei uns nur noch der Gang zum Bäcker, der eine kleine Sitzcke mit Selbstbedienung hat.

Aber Einsamkeit betrifft nicht nur die Älteren. Auch junge Menschen sind immer häufiger betroffen – nicht erst seit der Pandemie. Einsamkeit, das hat die Enquete sehr gut herausgearbeitet, ist ein komplexes Problem und Phänomen. Es gibt nicht die eine Ursache.

Es gibt die sozial Abgehängten – so hat es die Enquete beschrieben. Hier ist Einsamkeit an den sozioökonomischen Status geknüpft. Armutsbekämpfung – das betonen wir auch immer wieder – ist hierbei ein ganz wichtiger Schritt im Kampf gegen Einsamkeit. Aber Einsamkeit lässt sich nicht nur auf diese Ursache reduzieren.

Die zweite Gruppe, die die Enquete beschreibt, sind die älteren Alleinlebenden. Hier scheint Einsamkeit mit fehlender Partnerschaft verknüpft zu sein. Im Kampf gegen dieses komplexe Phänomen nutzen wir demzufolge auch zahlreiche Bausteine, die gut ineinandergreifen müssen. Ausgangspunkt sind natürlich die umfangreichen Empfehlungen der Enquetekommission.

Eine zentrale Empfehlung, die wir frühzeitig umgesetzt haben, ist die Einrichtung einer direkt in der Staatskanzlei positionierten Stabsstelle.

Liebe SPD, Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass jetzt gehandelt werden müsse. Ja, natürlich. Das sehen wir genauso, und wir haben auch schon längst gehandelt. Es ist eine gute Nachricht, dass es gerade einmal sechs Wochen her ist – Frau Oellers hat es erwähnt –, seit wir am 4. Mai 2023 im Plenum einen Antrag eingebracht haben, der wichtige Leitplanken festlegt. Zwei Aspekte aus diesem Antrag möchte ich jetzt herausgreifen.

Wir haben die Stabsstelle beauftragt, eine Strategie zur Einsamkeitsbekämpfung samt einem konkreten Aktionsplan zu erarbeiten. Aus den 65 Handlungsempfehlungen werden fünf Säulen abgeleitet. Die erste Säule ist, Einsamkeit noch besser zu verstehen, Forschung voranzutreiben und offene Fragen zu klären.

Eine offene Forschungsfrage ist für mich, inwieweit die Klimakrise und zunehmende Hitzewellen Einsamkeit fördern. Während viele junge Menschen die Hitze im Freibad genießen, erleben Ältere oder Kranke die Hitze als Belastung; meine allein lebende Mutter verlässt bei Hitze kaum das Haus und hat deutlich weniger Kontakt zu ihren Nachbarn. Wir haben also viel Forschungsbedarf.

Zu dieser ersten Säule gehört auch, dass wir eine Studie in Auftrag geben, die das Thema „Einsamkeit bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ untersuchen soll. Das ist gerade nach den vielen Kontakt-

einschränkungen aufgrund von Corona eine wichtige Signalwirkung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich betone noch einmal, dass wir die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission systematisch abarbeiten. Wir machen keine unüberlegten Schnellschüsse; es gibt keinen blinden Aktionismus. Das ist genau der richtige Weg.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich möchte Sie an der Stelle auf die zweite wichtige Empfehlung der Enquetekommission aufmerksam machen, nämlich den Health-in-All-Policies-Ansatz gemäß den Vorgaben der WHO. Der Hintergrund ist, dass Einsamkeit kein rein gesundheitspolitisches Thema ist, sondern es sich um eine intersektionale Aufgabe, um eine Querschnittsaufgabe handelt. Demzufolge sollen auch alle Politikbereiche in die Bekämpfung von Einsamkeit eingebunden werden. Im Rahmen der Stadtplanung und Quartiersentwicklung müssen zum Beispiel Orte für Begegnungen geschaffen werden, damit die älteren Menschen im ländlichen Raum wieder einen Ort haben, um gemütlich ihren Kaffee zu trinken.

Wir tun also bereits einiges, und wir werden weiter konsequent an diesem Thema arbeiten. Ich freue mich auf die Beratung des Antrags im Ausschuss.

Wir tun alles, um Einsamkeit zu bekämpfen und Betroffene zu bestärken, sich aktiv am sozialen Zusammenleben zu beteiligen. Jeder Einzelne und jede Einzelne ist ein wertvolles Mitglied unserer Gesellschaft, wird gebraucht und sollte sich angenommen und in unserer Gesellschaft aufgehoben fühlen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP spricht die Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Ministerpräsident gab bei seiner ersten schwarz-grünen Regierungserklärung vollmundig das Ziel aus, Einsamkeit konkret zu überwinden. Wirklich konkret ist es seit dem vergangenen Sommer jedoch nicht geworden. Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, dass sich die Landesregierung noch im Ankündigungsmodus und nicht im Umsetzungsmodus befindet.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Einsamkeitskonferenz, Förderprogramme für Projekte gegen Einsamkeit – das alles ist sicherlich richtig, wenn es in ein Gesamtkonzept eingebettet wird. Eindeutige Fortschritte in diesem Bereich sind allerdings weitgehend fehlend. Ich möchte daher nochmals erklären, welche Maßnahmen uns Freien

Demokraten zur Bekämpfung von Einsamkeit wichtig sind. Im Übrigen sind das konkrete Maßnahmen, die recht leicht umsetzbar wären, aber bei der Landesregierung gar nicht im Fokus stehen und im vorliegenden SPD-Antrag allenfalls am Rande angesprochen werden.

Zentral ist für uns eine öffentliche Kampagne zur Aufklärung und Sensibilisierung für das Thema, vergleichbar der erfolgreichen Kampagne „Eins gegen Einsamkeit“ in den Niederlanden. Eine solche Kampagne kann Bewusstsein in der Bevölkerung schaffen, gegen das Stigma „Einsamkeit“ wirken und über Hilfsangebote informieren. Darüber hinaus unterstützt man damit Präventionsansätze. Eine solche Kampagne darf sich aber natürlich nicht in Broschüren oder in digitalisierten Broschüren erschöpfen, sondern sie muss zielgruppenorientiert und für unterschiedliche Altersgruppen konzipiert und über dazu passende Medien ausgespielt werden.

Weiterhin brauchen wir eine Onlineplattform, die mit Best-Practice-Beispielen über niedrigschwellige Hilfsangebote informiert und über die sich betroffene Akteure wie Ärzte, Lehrkräfte und Ehrenamtler vernetzen können. Dazu flankierend muss die Forschung an den Universitäten in Nordrhein-Westfalen ausgebaut werden, um die Auswirkungen von Einsamkeit auf unsere Gesundheits- und Sozialsysteme besser verstehen und bekämpfen zu können. Neue Forschungsergebnisse sollen dann in das Netzwerk gegeben werden, um Maßnahmen aufgrund der neuen Erkenntnisse zügig anpassen zu können.

Immerhin haben wir mittlerweile eine Stabsstelle für Einsamkeit. Angesichts von lediglich zwei Vollzeitkräften, die zudem noch für das Thema „Demografie“ zuständig sind, ist das aber kein großer Wurf.

Die Stabsstelle in der Staatskanzlei sollte daher durch einen Einsamkeitsbeauftragten ergänzt werden, der für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren eingesetzt wird. Als Vorbild dafür könnte die Position des Opferschutzbeauftragten dienen. Ein solcher Beauftragter könnte die Koordination, die Informationsverteilung und die Förderung der Politik in allen Ressorts voranbringen. Zudem könnten Ombudsmänner bzw. Ombudsfrauen in den Kommunen eingesetzt werden.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, der vorliegende Antrag der SPD-Landtagsfraktion enthält über die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission hinaus weitere Forderungen, die teilweise von uns unterstützt werden, wie etwa den Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung oder das Programm „Guter Lebensabend NRW“ für pflegebedürftige Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

Allerdings zeigen Forderungen wie ein kostenloses Mittagessen in den Kindertagesstätten und Schulen oder der Ausbau der Wohlfahrtspflege, dass die SPD